

# Merseburger Tageblatt

**Bezugspreis** in der Stadt für Abholer monatlich 18 Mt., durch Boten bezogen monatlich 20 Mt., bei Postbezug monatlich 21 Mt. Einzelnummern 1 Mt. Postfachkonto: Amt Leipzig Nr. 16 654. Verlagsort: Merseburg. Für ungedruckte Entlohnungen wird keine Gewähr geleistet. Erfüllungsort Merseburg.

(Kreisblatt)

Unparteiische

## Zeitung für Stadt u. Kreis Merseburg

(Mitglied des Vereins Deutscher Zeitungsverleger.)

Herausgeber Ludwig Balz.)

mit Amtlichen Anzeigen der Merseburger Kreisverwaltung und anderer Behörden

Nr. 111.

Freitag, den 12. Mai 1922.

162. Jahrgang.

### Die Aufnahme der russischen Antwort in Genua. Die Grundzüge des russischen Memorandums.

Genua, 12. Mai. Die Antwortnote der russischen Delegation auf das Memorandum der Alliierten vom 2. Mai ist demnächst in eingehender Form gegen die im Memorandum ausgeführten Auffassungen. Sie läuft auf folgende Hauptgehaltspunkte hinaus:

Die russische Regierung hat ihre Vertreter auf die Konferenz von Genua geschickt in der Hoffnung, hier mit den anderen Staaten zu einer Regierung zu gelangen, die ohne an den Folgen der Revolution und der streng zurückgewiesenen Intervention aufgelassenen sozialen und politischen Regimes zu rühren, nicht zu einer Erörterung, sondern zu einer Erleichterung der wirtschaftlichen und finanziellen Lage Auslands führt und gleichzeitig den Weg zu einer Erleichterung der wirtschaftlichen Lage Europas freimachen würde. Aber dies Ziel setzte voraus, daß die alliierten Mächte, die die bewaffnete Intervention in Russland organisiert haben, darauf verzichten würden, zu Russland im Falle eines Sieges irgendwelche Ansprüche zu machen. Russland bietet, um zu einer Einigung zu gelangen, bereit, den fremden Mächte ernsthafte Konzessionen zu machen, aber durchaus nur unter der Bedingung, daß diesen Konzessionen gleichwertige Konzessionen des anderen Teiles zugunsten des russischen Volkes entsprechen. Das russische Volk würde kein Abkommen annehmen können,

in dem nicht die Konzessionen durch wirtschaftliche Vorteile ausgeglichen würden.

Ein anderer durch die Schwierigkeiten der Situation nahegelegter Ausweg wäre eine gegenseitige Annäherung der aus der Vergangenheit zwischen Russland und den anderen Mächten entgegengesetzten Ansprüche und Gegenansprüche. Aber auch in diesem Falle ist die russische Regierung noch entschlossen, die Interessen der Kleinrentner zu achten. Falls aber die Mächte sich doch noch mit der Lösung der zwischen ihnen und Russland anhängigen finanziellen Streitpunkte beschäftigen wollen, so könnte, da diese Frage ein gründliches Studium der Art und Ausdehnung der am Ausland gerichteten Ansprüche und eine gerechtere Erörterung der Ansprüche zu gewährenden verfügbaren Kredite erfordert, diese Aufgabe einem von der Konferenz ernannten Sachverständigenausschuß übertragen werden, dessen Arbeiten zu einer Zeit und an einem Ort beginnen würden, welcher durch gemeinsames Abkommen zu bestimmen wäre.

Die russische Delegation stellt fest, daß das große Hindernis, das den Fortgang der Konferenzarbeiten bisher ge-

hemmt hat, auf dem Umfange beruht hat, daß die oben ausgeführten Ideen der Gegenseitigkeit noch immer nicht von allen Mächten hinsichtlich geteilt.

Die russische Delegation kann jedoch nicht umhin, zu betonen, daß die Beziehungen, die festgefunden haben, einer engeren Annäherung zwischen Sowjetrussland und den fremden Mächten den Weg geöffnet haben. Die russische Delegation gibt daher der Ansicht Ausdruck, daß bei der Lösung der zwischen ihr und den fremden Mächten anhängigen finanziellen Schwierigkeiten hervorgerufene Meinungsverschiedenheiten nicht hindern dürfen, daß die anderen alle Länder interessierenden Probleme zu allererst für den wirtschaftlichen Wiederaufbau Europas und Auslands und die Festlegung des Friedens in Genua gelöst werden können und müssen. Russland ist auf die Konferenz mit persönlichen Wünschen gekommen und gibt sich auch weiter der Hoffnung hin, daß ihr Streben in dieser Hinsicht von Erfolg gekrönt sein wird.

Nach Blättermeldung aus Genua sieht man dort in englischen und italienischen Kreisen die durch die russische Antwortnote gefasste Lage als günstig an. Die russische Note gebe genügend Punkte zu weiteren Verhandlungen. Auf italienischer Seite glaubt man mit einer weiteren Dauer der Konferenz von einem Monat rechnen zu müssen. Der Finanzsekretär Lord Georges, Grigg, äußerte sich u. a.: Es ist noch zu früh, um ein endgültiges Urteil abzugeben. Einige Seiten des Dokumentes sind ebenfalls wertvoll wie die Papierwörter der russischen Revolution. Die Russen wollen, bevor sie annehmen, wissen welches die Höhe der Leistungen ist, die sie übernehmen sollen, und welches die wirklichen Vorteile sind, die sie erhalten sollen. Sehr verständig ist es, daß Russland seinen Wunsch nach Frieden fundiert, und sich bereit erklärt, Teilnehmer eines Weltfriedenspatates zu werden. Jetzt prüfen die Delegationen jede von sich aus die Antwort und es werden unformelle Besprechungen folgen. Hieran wird die Unterkommission der ersten Kommission folgen. Auf jeden Fall bildet das russische Dokument die Grundlage für eine Antwort durch die Unterkommission.

### England gibt keine Kredite.

London, 12. Mai. Schatzkanzler Dorne teilte im Unterhause mit, die Regierung wolle vollständig klargestellt sehen, daß sie nicht bereit sei, der Sowjetregierung eine Anleihe zu gewähren.

### Tageschronik

- Die Reparationskommission ist zu Verhandlungen mit Hernes und Bergmann bereit.
- Die Beamten-Gehaltserhöhungen wurden vom Reichstagsausschuß angenommen.
- Der Entwurf der neuen Postgebührenerhöhung.
- Der sächsische Landtag lehnt seine Auflösung mit 48 gegen 47 Stimmen ab.
- Neue Entschlüsse über Fälligkeiten eines Deutschen zugunsten der Feinde.

### Die Reparationskommission zu Verhandlungen geneigt.

#### Die Vorschläge des Reichsfinanzministers.

Die „Post“ (Zg.) meldet aus Paris, daß die Reparationskommission sich auf die Ansicht geeinigt habe, die deutsche Antwort auf die Note der Reparationskommission vom 13. April gestatte einen Meinungsaustrausch mit dem Reichsfinanzminister Dr. Hernes und Staatssekretär Bergmann ohne daß vorher eine Note der Kommission an Deutschland gehe. Der Meinungsaustrausch soll zunächst nur offiziellen Charakter tragen.

Wie unser Berliner Vertreter zuverlässig hört, ist die Reparationskommission über die Vorschläge, die Dr. Hernes bei seiner Anwesenheit in Paris unterbreiten wird, bereits unterrichtet. Die Verhandlungen, die zwischen Dr. Hernes und der Reparationskommission stattfinden werden, Reparationskommission will sich erst eingehend mit diesen Vorschlägen beschäftigen, während Dr. Hernes nach Berlin zurückgekehrt. Infolgedessen nimmt man in maßgebenden Kreisen an, daß es unmöglich ist, bereits vor dem Ende des Monats eine Klärung in der Reparationsfrage zu finden. Lieber die Vorschläge, die Dr. Hernes der Kommission unterbreiten wird, wird mitgeteilt, daß sie zunächst eine Zerstückelung der Reparationsarbeiten, eine

Herabminderung der Kommissionen, eine internationale Anleihe, wie sie bereits zwischen deutschen, englischen und italienischen Vertretern in Genua besprochen wurde und schließlich die

### Erhöhung der Steuern in Preussland

vorsehen. Hinsichtlich der Erhöhung der Steuern ist zu sagen, daß Dr. Hernes nicht an neue Steuern denkt, sondern vielmehr die Wichtigkeit hat, die jetzt schwebenden Steuern im Prozentfuß zu erhöhen.

### Die Ungarn geschöpft wird.

Budapest, 12. Mai. Wie in politischen Kreisen verlautet, ist eine neue Note der Reparationskommission an die ungarische Regierung gelangt, in der baldige Erfüllung der Reparationen an Lebensmitteln durch Ablieferung von 28 000 Stück erucht wird. Ueber den näheren Inhalt der Note ist noch nichts bekannt.

### Die neuen Beamtenbezüge.

#### Geplante Auszahlung.

Der Hauptausfluß des Reichstags beriet am Donnerstag das Haushaltsgesetz und die dazu enthaltenen neuen Gehaltsverordnungen. Die Regierungsvorlage wurde angenommen. Danach beträgt der Zulageausfluß zu den Bezügen der planmäßigen und außerplanmäßigen Reichsbeamten:

- a) vom 1. bis zum 30. April auf dem Grundgehalt, den Diäten und dem Ortszuschlag, soweit diese Bezüge insgesamt 10 000 Mark nicht übersteigen, 60 Prozent, im übrigen 30 Prozent,
- b) vom 1. Mai ab zu Grundgehalt, Diäten und Ortszuschlag, soweit diese Bezüge insgesamt 10 000 Mark nicht übersteigen, 120 Prozent, im übrigen 65 Prozent, außerdem zu den Kinderzuschlägen 65 Prozent.

Eingefügt wurde ein Paragraph, der bestimmt, daß die Dienstzulage an Ministerialräte für die Fälligkeit von Dreizehntelgehältern und an Offiziere in gleichen Stellungen beim Reichswehrministerium vom 1. Mai ab 16 500 jährlich betragen soll. Davon sollen 6 500 Mark nicht pensionsfähig sein.

Ministerialdirektor von Schlieben erklärte nach Aufnahme der Regierungsvorlage, daß namentlich die Rassen

### Weltmarktpreise.

Die Verhandlungen im Reichstagesrat und an anderen Stellen haben ergeben, daß eine künstliche Herabsetzung des inländischen Kohlenpreises auf die Höhe der Weltmarktpreise nicht stattfinden soll. Dieses Bestreben muß aus wirtschaftlichen Gründen, solange die Steigerung der Auslandsabnahme der Steigerung des inländischen Marktpreises voraussetzt. Preisunterstützung zwischen Inland und Ausland auszuweichen war früher leichter, da man mit einer festen, nämlich Goldwährung, rechnen konnte und da man wußte, daß ein Inlandsmarktpreis foliel Wert hatte wie ein Pfund Sterling. Heute aber haben wir nicht nur keine Parität zwischen Papiermark und Goldwährung, deren keine ist, die tägliche Veränderung ist, sondern auch noch überaus große Schwankungen und Preisveränderungen zwischen den verschiedenen Währungen der einzelnen Länder. Eine Preisstützungswirtschaft in dem einen oder anderen Sinne können wir so lange nicht führen, als wir nicht eine stabile Währung besitzen.

Als einerseits also eine künstliche Herabsetzung des Kohlenpreises an die Weltmarktpreise besteht, so ist andererseits ihre künstliche Senkung auf die Dauer ebenso undurchführbar. Die darin zum Ausdruck kommende Inlandsindustrie hat in der Landwirtschaft, beim Hausbau, bei der Eisenbahnindustrie usw. zu sehr erheblichen Folgen geführt, die zu bekämpfen sind, als daß sie noch näher darauf eingegangen werden könnten. Sonderbarerweise glaubt man das Schicksal von der Mangelhaftigkeit des Einzelnen und des Geschäftsbetriebes auf die Gruppe nicht anwenden zu können, die aus den Fälligkeiten der Wirtschaft sich zusammensetzt und die es gelungen ist, die Wirtschaft als ein einziges Hebelglied aus dem Zusammenbruch zu retten. Genua so mühselig wie die Zukunftsarbeit, die mit 20 Jahren durch ihre Zustimmung über das Schicksal anderer bestimmen können, sind unsere Industriellen mit ihren gerechten Erfahrungen sicher auch noch. Genua so wie früher können sie auch jetzt noch die Verantwortung für ihre Wirtschaft selbst übernehmen. Man würde in diesem Falle schon bald sehen, daß die Wäme nicht in den Himmel wachse, da die verantwortlichen Stellen genau wissen, wie leicht der Abstieg in Stotung geht, wenn der Wogen der Preispolitik überhand nimmt. Gerade in der Nachkriegszeit hat man immer wieder die Beobachtung machen können, wie in allen Wirtschaften, Kartellen, Konventionen häufig Kämpfe im Gange waren über die Normierung der Preise, die im großen und ganzen zu dem Sieg der Anhänger einer gemäßigten Preispolitik geführt haben. Auch die Geschichte des Kohlenpreises unter der Leitung Emil Ströbbers ist dafür sehr instructives Beweise.

Uebrigens darf man sich nicht verhehlen, daß bei einer rückläufigen Baluta die letzte Kohlenpreisveränderung die Inlandspreise bereits an die Höhe der Auslandspreise gebracht hätte. Das ist allerdings zwar dann nicht der Fall, wenn bei den inländischen Kohlenpreisen absehe mit dem Auslandspreis verfahren, aber dann, wenn wir zu ihm die Frucht auf große Entfernungen wie vom Ruhrgebiet nach Stettin, nach Rügen, Hamburg usw. rechnen. Bedenkt man, daß schon in früheren Monaten englische Kohle eingeführt worden ist, so ist es zweifellos klar, daß die bereits vor längerer Zeit importierte Kohle billiger angeboten werden kann, als es die jetzigen Inlandspreise ausüben könnten, Berücksichtigungskosten usw. gestatten.

Zusammenfassend ist zu sagen, daß die staatliche Inlandsindustrie befristigen müssen, die Industriellen werden am besten wissen, was der Verkauf der Kohlen und der Preispolitik der Kohlenwerte für neue Anwendungen verlangt, was der Bau neuer Arbeiterwohnungen kostet, usw. Diese Kosten müssen getragen werden. Sie werden auf natürlichen Wege zu einer erheblichen Besserung kommen, auch schon aus dem Grunde, weil die Tarife von der Eisenbahn und Post, weil das Brot und die neuen Steuern erhebliche Selbstlastentfernungen herbeiführen werden.

sofort angeknüpft werden, den Beamten die Erhöhungen auszusprechen.

### Ein Brief 3 Mark.

#### Die vorgeschlagenen neuen Postgebühren.

Für die Postgebühren sollen nach einer amtlichen Bestimmung in Zukunft folgende Richtlinien gelten: Ein Druckschrift Postkarte unverändert, einfache Briefe auf 1 Mark herabgesetzt, im Fernverkehr die Postkarte 1,50 Mt., der einfache Brief 3 Mt., die beiden höheren Gewichtsklassen 4 und 6 Mt. für Druckarbeiten bleibt der bisherige untere Gebührenfuß von 50 Pf., gilt aber nur für Sendungen bis 20 Gramm (bisher 50 Gramm), während Druckarbeiten von 20 bis 50 Gramm







# Beilage zu Nr. 111 des Merseburger Tageblattes

Freitag, den 12. Mai 1922

## Deutscher Reichstag

Berlin, 11. Mai.

Fortsetzung der zweiten Lesung des  
Hanshalt des Reichsverkehrsministeriums.

Abg. Dr. Ducas (D. Wp.) teilt den Optimismus des Ministers nicht. Gewiß hätten sich die Leistungen der Eisenbahnen im letzten Jahre verbessert, aber ihrer eigentlichen Aufgabe der Güterverteilung am rechten Ort und zur rechten Zeit sei sie nicht gerecht geworden. Das gilt besonders von der Kohle. Zudem sei die Personalangelegenheit im Verhältnis zum Rückgang der Altonaerleistungen unverhältnismäßig hoch geblieben, nämlich von 740 000 auf 1 350 000 Beschäftigte. Der Ausbau des Eisenbahnnetzes sei dringend erforderlich. Der kaufmännische Geist müsse stärker als bisher betont werden. Auch für das Kleinbahnwesen, das sich namentlich in Norddeutschland in geradezu beauerlichem Zustande befindet, müsse mehr getan werden. Redner wendet sich gegen die Tarifpolitik des Ministers. Früher hätten die Betriebe bei der Tarifbestimmung mitgewirkt, heute würde man diese Betriebe nicht mehr gewählig, sondern einfach ernannt. Das sei ein Rückschritt im Zeitalter der Demokratie.

Reichsminister Grewer

Ichert zunächst für die Zukunft eine sönelle inhaltsreiche Erklärung der Geschäftsberichte zu und betont, daß er sich von keinem Optimismus nicht abbringen lassen werde und das feste Vertrauen zu Personal und Mitarbeitern habe, daß die Eisenbahnverwaltung wieder vorwärtskommen werde. Zweifellos sei der jetzige Eisenbahnapparat imstande, dem Verkehrsüberdruck zu genügen. Industrie und Handel sollten sich aber nicht der Eisenbahnverwaltung als Gegner gegenüberstellen, sondern sich gemeinsam mit ihr bemühen, den Mangelzustand zu beseitigen, wie das z. B. die Hamburger Kaufmannschaft getan habe. Das Defizit von 1920 in Höhe von 5,6 Milliarden brüde noch heute auf unsere Verwaltung. Als das Defizit schon etwa auf 5 Milliarden herabgemindert war, kam die neue Valutastelle und ließ es wieder auf 11 Milliarden anschwellen. Das laufende Jahr wird aber wesentlich günstiger abschließen. Solange jedoch Gehälter, Löhne und Materialpreise das Ergebnis der Eisenbahn weiter als Schraube ohne Ende beeinflussen, so ist eine ruhige Entmündung nicht möglich. Redner geht sodann auf die Personalpolitik ein und meint, daß diese in erster Linie von der Wohnungsfrage abhängt. Im übrigen müßte der Grundsatz: Dem Tüchtigen freie Wahl ohne Rücksicht auf das Dienstalter maßgebend sein. Wenn Ministerialstellen geschaffen werden, so würden wieder die Techniker leiden, die für die Elektrifizierung der Bahn dringend gebraucht werden. Eine Übernahme der Mitropa und der Reichsbureaus auf die Reichseisenbahnverwaltung ist noch nicht denkbar. Die Verhandlungen mit den Gewerkschaften über die Dienst- und Arbeitszeit werden in diesen Tagen zu einem befriedigenden Abschluß

kommen. Was das Streikrecht anbelange, so seien die Beamten noch kurz vor dem Eisenbahnstreik darauf hingewiesen worden, daß ein solches ihnen nicht zustehe. Die für die Disziplinierung am Streik beteiligten Beamten seien ergebenden Maßnahmen loyal behandelt. Neue Verfahren seien schon seit Wochen nicht mehr eingeleitet worden, abgesehen von einigen besonders schweren Fällen. 105 Fälle seien auf dem Disziplinarwege erledigt worden. Weitere 40 bis 50 Fälle seien noch in der Schwebelage, 168 Ründigungen seien ausgesprochen. Die geringe Zahl solle bei der großen Zahl der am Streik beteiligten Leute kaum ins Gewicht fallen. Bei den Beschwerden kommen allerdings die Disziplinierten nicht in Frage. Im übrigen wird der Streit von der Verwaltung als etwas Vergangenes angesehen, um das Vertrauen zwischen Verwaltung und Beamtenschaft wiederherzustellen.

Abg. Wieland (Dem.): Die Eisenbahn muß wieder zum Maßstab unserer Finanzen werden. Die Ausschütsträge bewegen sich in dieser Richtung. Das Arbeitsgesetz muß die bestehenden Mängel beseitigen. Es geht nicht länger an, daß die Norddeutschen weniger arbeiten als die Süddeutschen. Andererseits darf gegen die am Streik beteiligten Beamten keine Maßstäblichkeit getrieben werden. Wie stellt es sich mit der Wagenstellung, vor allem mit der Versorgung Süddeutschlands? Jedenfalls muß die Tarifpolitik in engerer Fühlung mit den privaten Wirtschaftskreisen, besonders Süddeutschlands, geführt werden. Gemischtwirtschaftliche Betriebe wären auch für die Reichsbahn die geeignete Betriebsform.

Reichsminister Grewer: Das Gutachten des Reichsverbandes der Industrie schätzt den Personalbedarf zu niedrig ein. Wir sind aber bemüht, das Personal auf das notwendige Maß zu vermindern. Die Kohlenversorgung soll und muß sichergestellt werden. Lieber die Schwierigkeiten der Wagenstellung sind wir jetzt hinaus. Jetzt müssen auch die Gruben mit allen Kräften fördern. Halbenbestände sammeln sich nicht allein wegen Wagenmangels an, sondern es müssen auch die Arbeitskräfte zum Verladen vorhanden sein. Seit dem 1. April sind die Halbenbestände auch wesentlich zurückgegangen. Die Arbeitskräfte an den Lokomotiven werden bis zum 1. April 1923 vollständig bereitgestellt sein. In den Fragen der Tarifpolitik wird der neue Reichseisenbahnrat seine Beratungen am 1. Juli aufnehmen. Die auf

Niedrighaltung der Personalentlastung gerichteten Wünsche werde ich wohlwollend prüfen. Für bestimmte begrenzte Aufgaben bin auch ich ein Freund gemischtwirtschaftlicher Unternehmungen. Wie weit das aber aus der Reichsbahnen Anwendung finden kann, bleibt sehr zu überlegen.

Abg. Anhäuser (N. L.): Der Kampf um die Eisenbahnen spiegelt deutlich die wiedererlangte Macht des Privatkapitals wieder. Der Reichsverband der Industrie arbeitet still aber wirksam an der Überführung der Bahnen in den Privatbesitz. Darüber liegen auch die Ausführungen

Dr. Reicherts keinen Zweifel und die Erklärungen des Ministers waren mehr als lau. Redner schließt seine mehr als zweifelhafte Ausführungen mit der Warnung an den Minister, die Führer der Gewerkschaften zu maßregeln. Abg. Bauer (Wp.) wendet sich gegen jede Zentralfürsorge des Beschäftigtenrats für die Eisenbahn. Abg. Barth (Komm.) richtet heftige Angriffe gegen die Verwaltung wegen der Wagenstellungen, der am Streik beteiligten Eisenbahner und gegen das Arbeitszeitgesetz, das einen Angriff auf den 8-Stundentag darstelle. Damit schließt die allgemeine Aussprache. Freitag Eingelberatung von Anträgen.

## Eisenhöchstpreise?

Zeit einiger Zeit verlangt die sozialistisch orientierte Arbeitnehmergeuppe im Eisenwirtschaftsbund die Einführung von Eisenhöchstpreisen. Dagegen haben sich ausgesprochen die Erzeuger, die Verbraucher und die Vertreter des Handels, sowie noch im September 1921 die den christlichen Gewerkschaften nahestehenden Arbeitnehmergebiete. Im Großen und Ganzen kann man sagen, daß für Einführung der Höchstpreise diejenigen sind, die für die Leitung der Werke und Aufrechterhaltung der Wirtschaft keine Verantwortung trifft, daß sich dagegen erklären diejenigen, die diese Verantwortung auf sich lassen müßten.

Die Jugendorganisation des Eisenwirtschaftsbundes war eigentlich schon bei ihrer Einführung im April 1921 von den Ereignissen überholt. Die Forderung nach seiner Ersetzung fiel in die Zeit, in der zu der allgemeinen Preissteigerung, die Mitte 1919 zum erstenmal in größerem Ausmaße sich bemerkbar machte, noch die spezielle sich stellte, die darüber kam, daß die Werke wegen der außerordentlich umfangreichen Umstellungsarbeiten der eigentlichen Produktionsfähigkeit sich nur in unzureichendem Ausmaße widmen konnten, daß der Bedarf an Eisen, der während des Krieges nur ganz ungenügend gedeckt war, außerordentlich groß wurde, und daß in Erwartung weiterer Preissteigerungen abendtein noch die Spekulation mit sehr umfangreichen Kaufträgen am Markte war. Kurz nach Begründung des Eisenwirtschaftsbundes änderte sich das Bild jedoch vollkommen. Statt weiterer Preissteigerungen traten namhafte Preisentsetzungen ein, und die dringende Nachfrage der Verbraucher wurde erledigt durch ein dringendes Angebot der Werke. Jeder Umgang war damals vollkommen unnötig, da die niedergehende Konjunktur die Verhältnisse ganz von selbst regelte. Auch in der späteren Zeit konnte immer wieder die Beobachtung gemacht werden, daß nicht die Jugendorganisation Preise und Angebot regelte, sondern einzig und allein die jeweilige Marktlage. Diese Tatsache fand ihre Bestätigung

wieder im April, wo alle anderen Erzeugnisse weiter an-  
wachsen, die Eisenpreise jedoch auf ihrer alten Höhe blieben,  
weil das ausländische Eisen franco Oberhausen zeitweise  
billiger angeboten wurde als das deutsche. Weshalb unter  
diesen Umständen Höchstpreise haben sollen, bleibt  
ziemlich unerfindlich, zumal genaue Nachprüfungen der  
Selbstkostenberechnungen der Werke durch Regierungsorgane  
seits die Angemessenheit der Preise ergeben haben. Sie  
würden nur erweisen, daß der Eisenindustrie eine Möglich-  
keit, im Auslande höhere als die Inlandspreise zu erzielen,  
vollkommen unternommen wurde, daß in Erwartung von  
Preisabstufungen eine allgemeine Lustlosigkeit eintrat, daß  
vom Abschluß langfristiger Verträge, die sowohl im Interesse  
der Werke wie der Verbraucher blieben, gänzlich Abstand  
genommen würde usw.

Es ist nicht anzunehmen, daß diese Verhältnisse den  
Bestimmern von Eisenhöchstpreisen unbedenklich sind. Für  
sie müssen deshalb andere, tieferliegende Gründe maßgebend  
sein. Man geht wohl nicht fehl, wenn man diese in poli-  
tischen Erwägungen sucht. Wiederholt ist von dem sozialisti-  
schen Metallarbeiterverband, der bei der Arbeitslosen-  
des Eisenwirtschaftsbundes eine sehr wichtige Rolle spielt,  
erklärt worden, daß die Mitarbeit im Eisenwirtschaftsbund  
nicht der Wirtschaft diene, sondern nur dem Kapitalismus.  
Daher zum Zwecke der Erfüllung einzelner politischer  
Forderungen unter ganzes Wirtschaftslieben noch mehr  
in Verbindung gebracht wird, kann aber  
nirgendwo nicht verlangt werden.

## Politische Rundschau

### Die Stabilisierung der Mark.

Im ersten Wiederanlauf Sonderhefte des „Manchester  
Guardian“ veröffentlicht der bekannte Hamburger Bankier  
Dr. Karl Melchior einen Aufsatz über die Stabilisierung  
der Mark und die praktischen Methoden ihrer  
Durchführung. Melchior weist darauf hin, daß von einer  
Stabilisierung der Mark überhaupt erst die Rede sein  
kann, sobald die Verfassungen Deutschlands aus dem  
Friedensverträge mit der Steuerkraft und der Zahlungsbilanz  
Deutschlands in Einklang gebracht sind. Sei diese  
Voraussetzung erfüllt, so könnte ein großes internationales  
Finanzkongress die Stabilisierung der Mark in Angriff  
nehmen. Dieses Konsortium müßte aus den führenden  
Banken und Bankiers aller finanziellen Hauptländer, ins-  
besondere Englands und der Vereinigten Staaten, aber  
auch der sonstigen alliierten und neutralen Länder, bestehen;  
auch die Deutsche Reichsbank und die führenden Banken  
und Bankiers wären natürlich in das Konsortium auf-  
zunehmen. Das Konsortium müßte des Konsortiums müßte  
über einen Dispositionsfonds in hochliegenden  
Werten, insbesondere Dollars, Pfunden und holländischen  
Gulden, verfügen, um mit Hilfe dieser Werten den Wert  
des beim Einlegen von Briefen oder Quittungen fest-  
zusetzen. Die Größe dieses Fonds sei im voraus schwer  
zu bestimmen; Melchior persönlich meint aber, daß er mit  
mindestens 25 Millionen Pfund Sterling betragen müßte.

Besonders schwierig ist die Frage des Kurzes, so  
dem die Stabilisierung stattfinden soll. Melchior erklärt  
mit Recht, daß man diesen Kurs im voraus gar nicht  
festlegen könne, weil es noch vollkommen unsicher sei, wie  
der Verlauf der Stabilisierung auf die einzelnen im Aus-

lande „schwimmenden“ Papiermarkbeträge und ihre Besitzer  
wirken werde. Eine in großen Umfang durchgeführte Ab-  
stopfung dieser Beträge würde natürlich alle Bemühungen  
zur Stabilisierung vereiteln. Denn der Aufnahme von  
diesen Milliarden auf den Markt frömmender deutscher Ban-  
knoten wäre die Finanzkraft des Stützungs-kongresses selbst-  
verständlich nicht gewachsen. Würden sich aber nach dem  
Beginn der Stabilisierung die Markbeträge des  
Auslandes gemäßigtermaßen konsolidieren und allmählich in  
feste Kapitalanlagen umgewandelt werden, so könnte die  
Stabilisierung mit Aussicht auf Erfolg zu einem relativ  
hohen Kurse der Mark verfaßt werden.

Melchior meint aber, daß man lieber zu einem niedrigen  
Kurse der Mark — d. h. zu einem verhältnismäßig hohen  
der fremden Valuta — stabilisieren sollte, um künftige er-  
zwungene Herabsetzungen des Markkurses zu vermeiden. Bei  
diesem Verfahren würde wohl auch die Uebergangskrise  
für den deutschen Absatz und die deutsche Produktion etwas  
gemildert.

### Die Entdeutschung des Ostens.

Die Polen haben in den verlorenen deutschen Ost-  
gebieten eine planmäßige Entdeutschungsarbeit begonnen. Sie  
suchen die Deutschen genau so aus diesen abtenden Ge-  
bieten zu verdrängen. Die polnischen Behörden beschla-  
gen und enteignen, wo sie nur irgend können, deutsches  
Eigentum. Im letzten Winter sind allein 1000 deutsche  
Anwohner von Heim und Herd vertrieben worden. Infolge  
der polnischen Gewaltthaten sind viele Deutsche aus den  
Ländern geflüchtet. Anwohner ist überall die deutsche  
Bevölkerung gewaltig gesunken. Die Stadt Bromberg wies  
im Jahre 1919 75 000 Deutsche auf, im Jahre 1921 nur  
noch 23 500. In Gnesen ist die Zahl der Deutschen von  
21 400 auf 10 000 gesunken, in Danzig von 28 400 auf  
13 500, in Stettin von 15 800 auf 6 200, in Posen von  
30 000 auf 14 800, in Breslau von 9 700 auf 1 600, in  
Bydgosz von 63 300 auf 11 000, in Raasdorf von 21 700  
auf 10 000, in Thorn von 30 500 auf 5000, in Graudenz  
von 28 700 auf 15 000. Diejenigen Deutschen, die trotz  
aller Anfechtungen auf ihrem Boden ansassen, verdienen  
den warmen Dank ihrer Volksgenossen.

## Handel und Verkehr.

**Bestien hat schwachend, schließlich behauptet.**  
Bestien, 11. Mar. An der gestrigen Börse unterlagen  
die ausländischen Zahlungsmittel kalten Schwanungen. Nach  
der Befestigung im Abendverkehr des Vortages war zunächst  
eine härtere Abwärtswandlung zu bemerken. Dollarnoten, die  
in den Vormittagsstunden mit 284 zu 285 eingelegt hatten,  
schwanden sich zu Beginn der Börse bis auf 282 ab.  
Zum Schluß der Börse lagen sie jedoch wieder bis auf  
285 an, um gegen 5 Uhr nachmittags mit 288 an-  
genannt zu werden.

### Die Mark in Neugott.

An der vorgestrigen Neugottener Börse wurde die deutsche  
Mark um 10 Uhr mit 0,347—0,348 cts. gehandelt.  
Dieser Kurs entspricht einer Dollarpatrial von etwa 287 M.  
Der Schlusssatz des Vortages betrug 0,347.

### Eisenbahnriebe leicht und fest.

Bestien, 11. Mar. Man konnte heute zwar zunächst  
noch nicht von einer nennenswerten Besserung des Kur-

standes reden, aber eine beruhigtere Stimmung war doch  
von Anfang an unternehmbar. Die unfehligen Verkäufe  
für die Kundhaft der Banken, die gestern einen scharfen  
Druck auf den Stand der Aktiennote und die allgemein-  
tendenz sehr nachteilig beeinflusst hatten, haben aufgehört.  
Das Angebot, das geringeren Umfang zeigte als gestern,  
sah verhältnismäßig leichte Unterlauf, zumal man heute  
nach längerer Pause Interventionen mehrerer Gesell-  
schaften beobachten konnte. Die Spekulation, die zu Beginn  
des Verkehrs noch große Zurückhaltung zeigte, schritt im  
Verlauf zu Deduktionen und Meinungsäußerungen, um so mehr,  
als der recht ungenügende neue Ausweis der Reichsbank den  
Wertpapiermarkt bedrückte. Die Kurse, die am Tage noch  
ziemlich gedrückt lagen, erholten im Laufe des Verkehrs  
sich auf der einen Seite eine Besserung, insbe-  
sondere waren oberflächliche Werte nach dem scharfen Druck,  
dem sie gestern unterlagen, heute wieder begehrt. Während  
die Umsätze der großen Kapitalwerte auf die Aktien von  
Kontinentalbanken allerdings ohne Einwirkung blieben.  
Im Gegensatz zu den letzten Tagen machte sich in fremden  
Werten heute eher Abwärtswandlung bemerkbar, und nur für  
einige ungarische Renten bestand größeres Interesse.

Am Montanmarkt war die Stimmung, besonders  
päterhin freundlicher, und vielfach waren nicht unerhebliche  
Kurssteigerungen zu beobachten. Besonders für Rauten-  
und Zinnwerte machte sich auf erhöhter Preisbasis Interesse  
geltend. Von Schwanungen sind Böhmische als härter  
gezeigt zu erwähnen. Kaliwerte vorwiegend schwächer.  
Von chemischen Werten wurden Goldschmidt und Chem-  
isches von der Spekulation gekauft. Anglo-Siam  
lagen dagegen im Angebot. Der Elektrizitätsmarkt  
sehr unruhig. Die Schwanungen, zum Teil Steigerun-  
gen, hielten sich in engen Grenzen. Maschinenfabri-  
kationen wurden mit wenigen Ausnahmen, zu denen Drenke  
und Koppel gehören, schwächer genannt. In Metall-  
aktien zeigte sich dagegen vorwiegend eine leichte Besserung  
durch die übrigen Industriewerte waren vielfach leichte  
Kurssteigerungen auf, begehrt waren von Exportwerten  
insbesondere Nord-Wolle. Schiffahrtsaktien und  
Banken ruhig und abgeschwächt. Von ausländischen An-  
leihen erlitten Tären und Ungarn ziemlich beträchtliche  
Ausbehalten. Tiefenlose — 60, 4 1/2, proz. ung. Staatsrente  
von 13—30 pct. Deutsche Renten lagen wenig ver-  
ändert. Für 3prozentige Reichsanleihe zeigte sich etwas  
Nachfrage.

An der Nachbörse hielt die steigende Tendenz an. Die  
Kurse besserten sich weiter. T. recht erhebl. Anleihen

### Leipziger Schachbörsemarkt.

Leipzig, 11. Mar. Auftrieb: Rinder 98, Schaf 7,  
Bullen 42, Kalben 9, Kühe 60, Kalber 659, Schafe 271.  
Schweine 808, zu 1836. Preise für 50 kg. Lebendgewicht:  
Schien: 1. Kl. 2400—2500 M., 2. Kl. 2100—2400. Bullen:  
1. 2100—2200, 2. 1900—2100, 3. 1600—1900. Kühe:  
(Staben): 1. 2400—2500, 2. 2200—2400, 3. 1800—2100,  
4. 1500—1800, 5. 900—1500. Kalber: 2. 2400—2500,  
3. 2000—2400, 4. 1500—2000. Schafe: 1. 2100—2200,  
2. 1700—2100, 3. 800—1700. Schweine: 1. 3100—3200,  
2. 2900—3300, 3. 2900—3100, 4. 2600—2900, 5. 2600  
bis 2900. Ausgewählte Wollen höherer Wertstoffe folgten  
über höchste Werte. Geschäftsgang: Rinder sehr langsam,  
Kalber mittel, Schafe sehr langsam, Schweine mittel. Ueber-  
hand: Rinder 8, davon Kalben 3, Kühe 5, Schafe 61.